

Tjerk Miedema
Heldstr. 29
47533 Kleve (D)

Kleve, Juni 2005

Die Verwaltung des Rheinstromgebietes ist ohne Regie

Der Rhein ist einer der größten Flüsse Europas und ist eine unentbehrliche, sehr wichtige **Verkehrsader**. Das Stromgebiet wird von einer sehr vielfältigen Agglomeration und starken Konzentration von Menschen gekennzeichnet; ausgedehnte Wohn-, Arbeits-, Landbau- und Naturschutzgebiete; vitale und weniger vitale Industrien mit ihren zugehörigen Betriebsprozessen; die Lagerung von unschädlichen und schädlichen Produkten und Stoffen; die Verarbeitung von vielen verschiedenen schädlichen Stoffen und von Gütern mit wirtschaftlichem Wert.

Dies alles funktioniert mit einer ausgedehnten, unentbehrlichen **Infrastruktur** und schafft nicht in letzter Instanz ein gigantisches Arbeitspotential. Der Rhein ist über einen langen Zeitraum kanalisiert und begradigt worden, meistens zugunsten der Landschaftsplanung und hat inzwischen sehr viel von seiner natürlichen **Hochwasserkapazität** verloren.

Niemand wird bestreiten können, dass das gesamte **Rheinstromgebiet** mit all seinen Facetten, vor allem für Deutschland und die Niederlande, von entscheidendem sozial-wirtschaftlichen Interesse ist.

Die Wichtigkeit dieses Interesses lässt sich leicht und gut veranschaulichen durch jeweils – das betreffende investierte Vermögen, - die fundamentale ökonomische Bedeutung, das primäre und sekundäre, durch Hochwasser verursachte **Schadenspotential** oder durch andere Unstimmigkeiten, die mit den **Bruttosozialprodukten** der anliegenden deutschen Ländern und dem der Niederlande zu vergleichen sind. Hierbei sollten alle Aspekte die das Leben, Wohnen und Arbeiten im weitesten Sinne betreffen in Betracht gezogen werden.

Es geht um die Sicherstellung der **Sicherheit der Bürger** und um den Schutz von ökonomischen Werten, die Landesplanung, die Trinkwasserversorgung, Grundwasser- Beherrschung, das Wahren von guten Grundbedingungen für ein kontinuierliches attraktives **Investitionsklima** und von Umweltaspekten, usw., usw., sowohl auf kurze als auch auf lange Sicht. Alles in einem also ein sehr umfangreiches und komplexes Ganzes.

Wie Deutschland und die Niederlande einer **Flutkatastrophe** entgegensehen.

Diese Publikation möchte erläutern, dass das ganze Rheinstromgebiet in all seinen Facetten unter der gegenwärtigen komplexen Organisationsstruktur nicht mehr professionell beherrschbar ist und ein Wandel im Denken notwendig ist, um die Zukunft des sozialökonomischen Funktionierens dieses Gebietes zu sichern.

Die heutige Situation bedeutet vor allem für Deutschland und die Niederlande ein breites Spektrum an negativen Merkmalen, die man nicht ignorieren darf.

Eine in der Praxis nicht wirksame Verwaltung, - eine vernachlässigte Sicherheit der Bürger, - das untergraben des Investitionsklimas vor allem in Nordrhein-Westfalen, - ein bleibendes und zunehmendes Schadenspotential und Verletzbarkeit, - Kostenerhöhungen, - eine Unwucht zwischen ökologischen und sozialwirtschaftlichen Interessen, - das Ignorieren von alternativen Entwicklungen, - die absolute Unmöglichkeit zur Verwirklichung eines optimalen Schutzes – und Schadensbegrenzung, - das Leugnen des eigentlichen Problems, - ein schlechtes Risikomanagement, - das Auftreten von Symptomen der Kartellbildung und grobe Diskrepanzen zwischen Bund und Ländern.

Die auf dieser Weise operierende Verwaltung wird von zwei katastrophalen und vernichtenden Entwicklungen negativ beeinflusst.

Erstere ist, dass die Politik (die beschlussnehmende Instanz), die sich von der Problematik fernhält, inzwischen Teil des Problems geworden ist und mit zu einer Bedrohung geworden ist; eine Politik, die auf eine Katastrophe zusteuert.

Die zweite Entwicklung ist die noch immer in Deutschland existierende Bergbau und Landwirtschaftlobby, die vollkommen ungerechterweise immer noch viel Macht und Einfluss haben. Bergbau ist für Deutschland

seit langem nicht mehr von derart strategischer Wichtigkeit, dass ein Abbau unter dem Rhein gerechtfertigt ist und die Landwirtschaft dem Rhein entlang ist nach investiertem Vermögen (< 1%) berechnet absolut unwichtig.

Momentan ist Deutschland seit längerer Zeit bei der Verwaltung des Rheins ein absolut instabiler und unberechenbarer Faktor, was auf die Dauer wohl sehr negative Folgen für die Niederlande haben könnte. Kurz, enorme **organisatorische Missstände**.

Die **zukünftige Verwaltung** braucht eine klare Regie, einen belastbaren Ländervertrag, eine Führungsebene und ein Gesamtkonzept für alle wichtigen Ämter, inklusive des Schutzes und der Schadensbegrenzung, eindeutige Verantwortlichkeiten, ein professionelles Risikomanagement, eine deutliche Definition von „allgemeinem Interesse“, eine transparente Planung der Maßnahmen und ein tatkräftiges Projektmanagement.

Die Verwaltung des Rheinstromgebietes ist ohne Regie

Normalerweise ist eine adäquate Verwaltung eines dergleichen Gebietes ein primäres, sehr wesentliches Erfordernis und man muss ehrlichkeitshalber feststellen, dass es in den vergangenen 50 Jahren anscheinend einigermaßen gut verlaufen ist.

Jetzt wo man weiß, dass in diesem **Stromgebiet** grobe Fehler gemacht worden sind, die veränderten Umstände, das schlechter werdende **Bedrohungsszenario** und die derzeitige sehr umstrittene **Verwaltungsstruktur**, sollte man die Frage stellen, ob man für die Zukunft noch bewaffnet und imstande ist, um das Ganze in einer unveränderten Form zu managen.

Die Antwort ist einfach „nein“, denn es gibt überhaupt keine Regie, wobei die derzeitige zersplitterte, unklare und überholte Organisationsstruktur unmöglich noch als effektiv, effizient, tatkräftig betrachtet werden kann.

Man sollte sich auch die Frage stellen, ob das Rheinstromgebiet noch durch die einzelnen Ländern und Gliedstaaten zu managen ist, jeder in seine eigene individuelle Art.

Auch jene Antwort lautet „nein“, weil die meist elementaren Bedingungen bezüglich Organisationen und Verwaltung nicht erfüllt worden sind. Es gibt nämlich einen sehr schwachen Ländervertrag, - keine Gesamtpolitik, - kein Totalkonzept für Schutz und Schadensbegrenzung, - unklare und zersplitterte Verantwortlichkeiten, - eine undurchsichtige Menge an Organisationen, - keine vollwertige Risikoanalyse und keine Risikoverwaltung, - kein uniformes Projektmanagement, - keine Transparenz und, es gibt keine gute Konsens zwischen den betreffenden Ländern und den deutschen Gliedstaaten selbst. Was letzteres betrifft, es hat sich erwiesen, dass sie sich oft bestreiten.

Als Teil des Unterhaltes des Rheinstromgebietes ist seit mehr als 10 Jahre der Schutz vor - und die Schadensbegrenzung von extremem Hochwasser hauptsächlich durch die erwartete Klimaveränderung, aktuell. Wo Klimaforscher häufigen und heftigen Regenfall und längere Trockenperioden vorhersagen und sich Hydrologen und andere Experten mit diesem Thema beschäftigen, hüllt sich die deutsche und niederländische Politik in Stillschweigen und lässt es auf eine Katastrophe ankommen, so wie die Flutkatastrophe von 1953, die Elbeflut, die Verschiebung der Innendeiche usw..

Sowohl die deutsche als auch die niederländische Politik sind sich in einem unzureichenden Umfang darüber bewusst, dass eine mit dem Rhein in Verbindung stehenden **Hochwasserkatastrophe** sozialökonomische Schäden von beispiellosem Umfang hervorruft. Es muss jedoch ausdrücklich festgehalten werden, dass auch andere, nicht genannte, potentielle Bedrohungen nicht ignoriert werden dürfen.

Betrachtet man die praktische Situation von 1995 bis 1998, so kommt man aus dem Staunen nicht heraus. Um einen Eindruck von den **organisatorischen Missständen** und eine Einschätzung der Situation zu bekommen, ist es wesentlich die Hintergründe zu berücksichtigen.

1. Durch schlechten Unterhalt der Deiche hat Deutschland jahrelang die Sicherheit der niederländischen Achterhoek bedroht. (Deutschland hat sozusagen seine eigene Gesetze ignoriert). Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch immer fraglich, ob die Deiche den **Sicherheitsbestimmungen** entsprechen.

2. Aus neuesten gemeinsamen deutsch-niederländischen Untersuchungen (Hochwasserkonferenz in Rees, 2004) wird deutlich dass bei dem jetzigen Zustand der deutschen Deiche die Gefahr eines Deichbruches bei extremem Hochwasser irgendwo zwischen Bonn und Xanten wahrscheinlich ist, was die Niederlande im Grunde vor Überflutung schützt.
3. Der **deutsch-niederländische Vertrag** ist derart schwach, dass die Probleme zu niedrig gelegenen Regionen verschoben werden und die Zusammenarbeit behindert wird, so wie es sich bereits herausgestellt hat.
4. Deutsche **Regierungsbehörden** haben unzureichendes Wissen, wodurch viele Vorgänge durch **externe Gutachter** meist durch „gute Beziehungen“ abgewickelt werden müssen, mit allen negativen Auswirkungen, die solch eine Vorgehensweise zur Folge hat.
5. Das Institut der **Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins** (IKSR) hat zwar Zielsetzungen, und es finden auch Aktivitäten statt, jedoch richtet sich dieses Institut nicht auf eine dauerhafte Sicherstellung vom sozialökonomischen Lebens- und Arbeitsraum. Es gibt keine andere Organisation, die sich mit diesem Thema beschäftigt und außerdem liegt jetzt der Schwerpunkt zu viel auf der **Ökologie**. Es besteht ein Ungleichgewicht zwischen dem sozialökonomischen und dem ökologischen Aspekt.
6. Die gesamte Rheinhochwasserproblematik manifestiert sich vor allem in technischen Lösungen, obwohl das Problem eigentlich von primär organisatorischer Art ist. Die Verwaltung des Rheinstromgebietes ist ohne Regie
Bis zu dem Zeitpunkt an dem Deutschland in irgendeiner Weise ein Konzept zum Hochwasserschutz aufgestellt hat, scheint die Situation sich auf die Dauer zu Ungunsten
der Niederlande zu wenden. Die Bedrohung wird zu einem russischen Roulette sowie Hydrologen aus Delft bereits vorhergesagt haben.
7. Für beide Länder ist es strategisch von großer Wichtigkeit zu wissen, welche Auswirkung längere Trockenperioden auf die **Schifffahrt** auf dem Rhein, auf dem Duisburger Binnenhafen, den Hafen von **Rotterdam** und den **Gleisgütertransport** (Betuwelijn) hat. Alles ist zum jetzigen Zeitpunkt noch undeutlich.
8. Am bizarrsten ist wohl die Situation, dass in NRW der **Abbau** von nicht mehr strategische bedeutungsvoller Steinkohlen unter dem Rhein zugelassen wird, wodurch ein bis zu 12 m tiefe **Absenkung** entsteht. Neue Gebiete z.B. die Stadt Goch werden unnötig in Gefahr gebracht. Die Verwundbarkeit des betroffenen Gebietes wird unwiderruflich vergrößert (eine Überflutung in dem Abbaugbiet schafft enorme Evakuierungsprobleme und hinterlässt einen **permanenten See**).
9. Die deutsche Staatspolitik (von renommierten Deutschen selbst als „Tratschgesellschaft“, „Talkshow-Politiker“, träge Reformpolitik und schwaches Parlament bezeichnet) und die betroffenen Länder sind sich nicht darüber bewusst, dass die Möglichkeiten für Investoren durch Unschlüssigkeit der Politik untergraben werden (**welcher Unternehmer ist denn so verrückt sich in einem potentiellen Überflutungsgebiet oder abgesunkenen Gebiet mutwillig niederzulassen**). Inzwischen zieht die Industrie daraus bereits ihre Konsequenzen.
10. Die Berechnungen bezüglich der Schäden sind in Deutschland unvollständig und unkorrekt angefertigt, wodurch niemals richtige Entscheidungen getroffen werden können und falsche Einschätzungen über die Finanzierung entstehen.
11. Vor allem in Deutschland fallen vitale und weniger starke Unternehmen unter ein durchschnittliches Regime von Deichpflege. Zerrüttungen in solchen Unternehmen haben schwere ökonomische Auswirkungen.
12. In eine kürzlich stattgefundenen Sitzung des Landtages NRW (Ende 2004) wurde deutlich, dass die deutsche Katastrophenschutzplanung in NRW und wahrscheinlich in ganz Deutschland, sich in einem desolaten Zustand befindet. Das Land ist nicht imstande die entstehenden Schäden zu begrenzen. Das bedeutet, dass jeder das Rad neu erfinden muss, was enorme extra Kosten verursacht.

14. Es stellt sich heraus, dass sich in Deutschland sehr viele Institutionen mit der Hochwasserproblematik beschäftigen, wobei jedoch kaum oder keine Abstimmung oder Austausch von Information stattfindet. Ineffizienter Umgang mit Ressourcen und Geldverschwendung also.
15. Das Nichtzustandekommen der durch die Niederlande beschlossenen sogenannten „Noodoverloopgebieden“, scheint für die Deutschen und niederländischen Anrainer ein Sieg. Bei Betrachtung der Gesamtsituation stellt sich dieser Sieg jedoch als Illusion heraus, wenn wirklich Not am Mann ist.
16. Die Zusammenarbeit des deutsch-niederländischen Grenzgebietes scheint zu funktionieren, jedoch ist es die Frage ob hier zur jetzigen Zeitpunkt die Priorität liegt und Geld hierfür ausgegeben werden muss.
17. Entlang des Rheins existiert eine große Anzahl sogenannter **Bürgerinitiativen** oder Aktionsgruppen, die meist in eigenem Interesse die nichtdefinierten öffentlichen Interessen untergraben. In dem Moment wo sie ihre Kräfte bündeln, verfällt das allgemeine Interesse und alles wird verzögert. Man kann nicht erkennen was nun eigentlich aus der **Elbeflut** gelernt wurde.

Das Obengenannte, das lediglich ein Ausschnitt aus einer Liste ist, die das Doppelte an vordergründig organisatorischen **Misstände** umfasst bedeutet, dass man bei dieser Verschiedenheit nie und nimmer zu optimalen Lösungen kommen kann. Das ist einfach unmöglich.

Es bedeutet ebenso, dass derart lange Beschlussbildungs- und Umsetzungsprozesse entstehen, dass man die Entwicklung von alternativen Strategien übersieht. **Die deutsche und niederländische Politik sind beide ein Teil des Problems geworden.**

Anstelle die Probleme zu lösen sieht man zu wie das Risiko zunimmt, wobei letztendlich der Bürger die Rechnung bezahlt.

In der Wirtschaft ist es üblich um in vergleichbaren Situationen u.a. ein gutes Gespür dafür zu bekommen, wo der Schuh wirklich drückt, wo Probleme bestehen, und man simuliert ein „**worst case Szenario**“. Im Übrigen muss man annehmen, dass Murphys Law (was geschehen kann, wird einmal geschehen) auch in Deutschland zutrifft.

Es ist ausdrücklich nicht meine Absicht in dem folgenden drei Beispielen ein Horror Szenario zu skizzieren.

Die Verwaltung des Rheinstromgebietes ist ohne Regie

1. Es ist bekannt, dass das Gebiet um Köln regelmäßig überflutet wird. Nur, dieses Mal ist die Situation viel schlimmer und Köln hat ernsthafte Probleme, wobei das Wasser den **Bahnhof** erreicht. Als Resultat stürzt die Infrastruktur für längere Zeit in einander. Die **Ford-Werke**, die sich ökonomisch sowieso schon in Schwierigkeiten befinden denken an eine Verlagerung des Standortes. 40% der kleineren Firmen gehen pleite.
2. Die **Versicherungsgesellschaften** beenden umgehend ihre Versicherungen und bieten keine neuen Angebote an. Viele Bürger befinden sich in Unsicherheit und finanziellen Problemen, was auch Auswirkung auf die lokalen **Banken** hat.
3. Angenommen, das Gebiet zwischen Moers und Xanten, wo der **Steinkohleabbau** stattgefunden hat und der untertägige **Salzabbau** weitergeht, wird von einer Überflutung heimgesucht. Laut Simulationen läuft das Gebiet nicht innerhalb einiger Stunden voll, jedoch wird die Evakuierung wegen der enormen **logistischen Probleme** schwierig werden. Dabei wird gegen alle Erwartungen auch das Grundwassersystem getroffen und aus dem Gleichgewicht gebracht. Auf jeden Fall wird aus dieser Situation ein großes Chaos entstehen. Letztendlich läuft das Gebiet bis zu einer Höhe von 9 bis 12 m unter Wasser ohne doch jemals wieder zu verschwinden.

Alles weg. Vermögen weg, Häuser weg. Eine Umgebung die mit allen Konsequenzen abgeschrieben werden kann.

4. Im Jahre 2020 ist Deutschland inzwischen nach langem hin und her zur Einsicht gekommen, hat seine Deiche verstärkt, jedoch herrscht über die **Rückhaltegebiete** keine Einigkeit. Durch die Anhäufung von Umständen findet bei Lobith ein Durchlauf von 18.000m³ statt und stellt eine

regelrechte Bedrohung für die Niederlande dar. Eine einfache Rechnung beweist, dass man durch das **Sprengen der Deiche** am Niederrhein viel Schaden verhindern kann.

Die Essenz dieser drei Beispiele ist, welches Szenario man auch immer in der Praxis durchführt, es immer einen direkten Wandel im Denken des Bürgers, der Unternehmen und der Politik geben muss.

Man kommt nicht drum herum die Dinge komplett anders anzugehen.

Das Beispiel der **Elbeflut** scheint unzureichend um diesen Umdenkprozess einzuleiten. Es ist zu erwarten, dass vor allem die Politik das Obengenannte anfechten, drum herum gehen oder komplett als **Panikmacherei** abstempeln wird.

Als Antwort hierauf muss man der Politik die Verantwortung geben, dass sie die harten Tatsachen demonstrieren müssen und dass sie die Möglichkeiten haben die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Sowohl Deutschland als auch die Niederlande können es sich nicht erlauben das bestehende Risiko in Kauf zu nehmen und die **Katastrophe abzuwarten** sowie man es in der Vergangenheit immer gemacht hat. Des Weiteren ist bekannt, dass es 100% Sicherheit nicht gibt und diese Erörterung soll nicht vorwerfen dass nichts getan wird.

Es wäre doch wirklich eine Schande, wenn man in unveränderter Weise weiterhin so unsachgemäß mit der Sicherheit des Bürgers und dem gesamten sozialökonomischen Rheinstromgebietes umgeht und sich die Politik hinterher (nach der Katastrophe) in Ausreden stürzen oder erst eine Untersuchungskommission die Missstände bestätigen muss.